



Sparen erzwingt Kooperation



Ebenso wie die Kirche soll auch der Pfarrer im Dorf bleiben, wünscht sich die Kirchenleitung. Aber wegen des Stellenabbaus bewohnt er künftig in kleinen Gemeinden eher noch das Pfarrhaus und arbeitet auswärts. *Urs Baumann*

KIRCHE Bis 2017 müssen 27,5 Pfarrstellen eingespart werden. Sie sollen einerseits dort wegfallen, wo die Mitgliederzahl der Kirche sinkt. Andererseits sollen Kirchgemeinden enger kooperieren.

«Schwer verdaubar, aber möglich», so schätzen die drei Berner Landeskirchen den Sparauftrag von Parlament und Regierung ein: Bis 2017 müssen 27,5 der 440 Pfarrstellen abgebaut werden. Während die katholische Kirche ihre Vorstellungen bereits bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchenleitung (JGK) deponiert hat, stehen die Vorschläge der reformierten und der christkatholischen Kirche noch aus. Mitte Woche läuft die Frist dafür ab.

Die JGK hat nun die 246 Kirchgemeinden in einem Schreiben informiert, wie der vom Grossen Rat angeschobene Fahrplan aussieht. Demnach können 6½ Stellen dank Vakanzen gestrichen werden, 10 Stellen verschwinden 2015, je 5,5 Stellen in den Jahren 2016 und 2017. Ab dann zahlt der Kanton noch 70,4 Millionen Franken für die Pfarrerröhne – 5 Millionen weniger als heute.

«Win-win-Situationen»

Für Fridolin Marti, Präsident des Kirchgemeindeverbandes des Kantons Bern, ist klar, dass diese Vorgabe zu akzeptieren ist. Er gehört der kirchlichen Arbeitsgruppe an, welche die Vorschläge zuhanden der Regierung ausar-

beitet. Im Vordergrund steht für ihn eine engere Zusammenarbeit der teils sehr kleinen Kirchgemeinden. «Das kann auch zu einer Fusion führen», sagt er. Doch müsse diese «von unten» kommen. Kooperation führe im Idealfall gar zu einer Win-win-Situation, führt Marti aus. Damit liessen sich Teilzeitstellen «aufpolieren»: Dank mehr Stellen-

«Fusionen von Kirchgemeinden müssen von unten kommen.»

Fridolin Marti, Präsident des Kirchgemeindeverbandes



prozenten und interessanten Verbundaufgaben etwa in kirchlicher Unterweisung oder der Altersfürsorge seien eventuell ländliche Pfarrstellen mit Wohnsitzpflicht wieder leichter zu besetzen. Er geht mit der kürzlich in dieser Zeitung von Synodalaratspräsident Andreas Zeller geäußerten Meinung einig, dass in möglichst allen Kirchgemeinden zumindest ein Pfarrer wohnhaft sein sollte. Zellers reformierte Kirche muss als grösste Kirche mit 18,4 Stellen am meisten zum Sparpaket beitragen.

Mitgliederzählung 2015

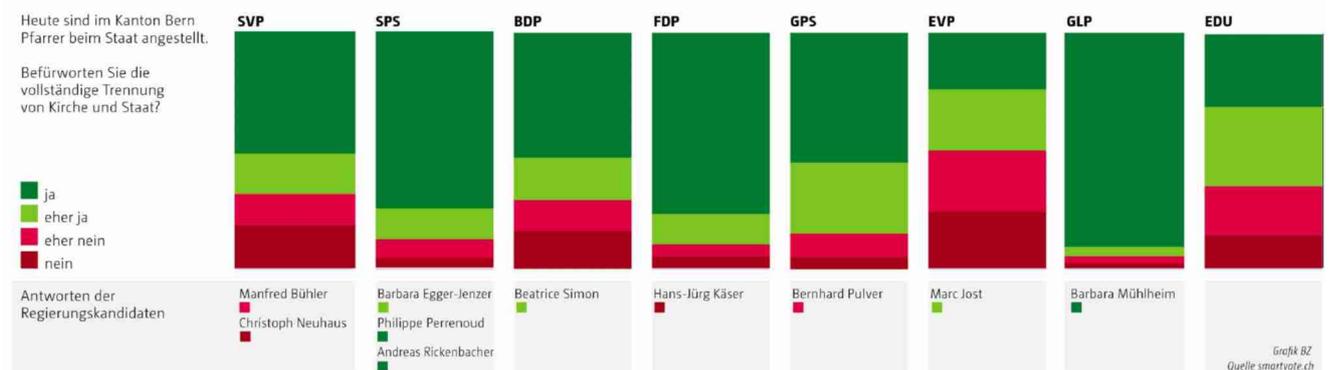
Ohne Änderung der Verordnung, welche die pfarramtliche Versorgung regelt, lasse sich der Sparauftrag aber nicht umsetzen, erläutert der Kirchenbeauftragte Andreas Stalder. Diese legt beispielsweise fest, dass auch Kleinstkirchgemeinden Anrecht auf eine 60-Prozent-Pfarrstelle haben. Neben so erzielten Einsparungen werden zudem die neuen Mitgliederzahlen der Gemeinden einen Spareffekt ergeben. Sie werden 2015 erhoben. In Städten war der Aderlass in den

letzten Jahrzehnten dramatisch. Stalder erwartet, dass wegen des Mitgliederschwunds auch diesmal einige Pfarrstellen abgebaut werden können.

Weil die JGK mehr Zeit für ihre Abklärungen benötige, solle dem Grossen Rat der konkrete Umsetzungsplan erst im September vorgelegt werden, teilte die Regierung gestern mit. Unter anderem geht es um die knifflige Frage, wie bei Entlassungen teure Übergangsrenten vermieden werden können. *Christoph Aebischer*

Wer will Kirche und Staat trennen?

WAHLEN 2014 Wir zeigen in loser Folge, wie die Grossratskandidaten wichtige Sachfragen beantworten. Die Parteien sind der Grösse nach geordnet.



Wahlhilfe: Wen soll ich wählen?
Smartvote.bernerzeitung.ch
Das Dossier zu den Wahlen
wahlen2014.bernerzeitung.ch